

Berlin

Hauptstadt der Nachhaltigkeit

BERLIN – Hauptstadt der Nachhaltigkeit

Unser Anspruch: Berlin wird die Umweltmetropole Europas!

„Berlin ist weltweit die einzige Hauptstadt, die ökonomisch unter dem Durchschnitt ihres Landes liegt“ (McKinsey-Studie „Berlin 2020“). Das will die CDU Berlin nicht hinnehmen.

Die CDU Berlin sieht im Klimaschutz und in der Energiewende eine große Chance für unsere Stadt, ihren wirtschaftlichen Rückstand zu überwinden. Wir wollen die deutsche Hauptstadt zu einer vorbildlichen europäischen Umweltmetropole und gleichzeitig zu einem Wirtschaftsstandort entwickeln, der voll zu Städten wie Hamburg und München aufschließt.

Berlin kann eine Hauptstadt der Nachhaltigkeit werden. Dies gelingt aber nur, wenn wir die Berlinerinnen und Berliner für dieses Ziel gewinnen. Ein „klimaneutrales Berlin“ im Jahr 2050, wie es CDU und SPD im Koalitionsvertrag 2011 festgeschrieben haben, wird es nur geben, wenn nicht nur die Verwaltung, sondern alle Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag leisten – als umweltbewusste Verbraucher und Verkehrsteilnehmer in Beruf und Freizeit, als kreative Arbeitnehmer oder Unternehmer, als Lernende und Lehrende, als Menschen im Ehrenamt.

„BERLIN – Hauptstadt der Nachhaltigkeit“ ist das Motto unseres Masterplans für eine nachhaltige Gesellschaft in Berlin – mit Bürgersinn, Eigeninitiative, Innovationsgeist und einem Staat, der offen ist für einen solchen gesellschaftlichen Aufbruch.

Die CDU Berlin will mit breiter Unterstützung der Berlinerinnen und Berliner

- die vorbildliche Einhaltung der Klimaschutzziele der Bundesregierung in Berlin erreichen und darüber hinaus Impulse für die Förderung von Speichertechnologien setzen, um die erneuerbaren Energien sicher in das Energieversorgungssystem zu integrieren,

- alle Infrastrukturen Berlins fit für die Zukunft machen – auch als Impulsgeber für privatwirtschaftliche Innovationen und Investitionen,
- Berlin zu einem Referenzstandort für ökologisches Wirtschaften machen, der der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich hilft, weltweit ein attraktiver Schrittmacher für erneuerbare Energien und andere Umwelttechnologien zu bleiben,
- durch innovatives Zusammenwirken von staatlichen und privaten Partnern in Berlin dafür Sorge tragen, dass nachhaltiges Wirtschaften viele wettbewerbsfähige, dauerhafte Arbeitsplätze in unserer privaten Wirtschaft schafft – als ökonomische Grundlage für unsere Steuerkraft und unsere soziale Sicherheit.

Unsere Strategie für „BERLIN – Hauptstadt der Nachhaltigkeit“:

Green Economy 2.0

Die Berliner CDU setzt auf die Strategie „Green Economy 2.0“, die im Rahmen eines Senatsmasterplans „Klimaneutrale Stadt“ zu konkretisieren ist, und fordert:

1. Die Stromversorgung Berlins mit 2500 Megawatt-Spitzenleistung (2011) muss bis spätestens 2030 zu 60 Prozent aus erneuerbaren beziehungsweise klimaschonenden Energiequellen kommen, woran sowohl Erzeuger in Berlin und im Umland als auch die Berliner Verbraucher mitwirken müssen. Dabei soll die Stromwirtschaft der Stadt insbesondere auf nordostdeutsche Windparks zurückgreifen, die solide Stromabnehmer in ihrer unmittelbaren Nähe brauchen beziehungsweise bevorzugen. Im Hinblick auf die regionale Energieversorgung sind auch Lösungen wie zum Beispiel „Power-to-Gas“ (ein Verfahren, bei dem aus Windenergie per Elektrolyse Wasserstoff und in einem zweiten Schritt Methan hergestellt wird) und Geothermie einzubeziehen.
2. Berlin muss ein intelligentes Stromnetz mit einem innovativen stadtweiten Speichersystem bereitstellen, das sich sowohl auf dem Berliner Fernwärmenetz als Großspeicher als auch auf einem dezentralen Netzwerk aus Premiumspeichern für Wärme- und Stromversorgung sowie Thermospeichern für Heizung, Warmwasser- und

Kälteversorgung abstützen muss. Das Berliner Energiespeichersystem muss so ausgebaut werden, dass Schwankungen bei der Stromeinspeisung nicht die Versorgungsstabilität Berlins gefährden und dass die Potentiale erneuerbarer Energieerzeugung voll ausgeschöpft werden.

3. Der Ausbau der Elektromobilität in Berlin muss von Anfang an in diese Strategie für ein effizientes intelligentes Stromnetz integriert werden. Zum Speichersystem sollen auch die Batterien der Elektroautos Berlins beitragen, die bis 2020 ca. 10 Prozent der Berliner Automobilität (ca. 100.000 Fahrzeuge) abdecken sollen, um in der Folge eine systemrelevante Größenordnung von Fahrzeugen (Elektrofahrzeuge und -fahrräder, Hybridfahrzeuge u. ä.) zu erreichen. Diese Perspektive, die auch durch die Mineralölverteuerungen attraktiv wird, setzt voraus, dass die Berliner Autofahrer jetzt kontinuierlich und intelligent für die neue Fahrzeugtechnik gewonnen werden müssen (inklusive Anreize).
4. Berlin braucht eine hohe Priorität bei der Förderung der Elektromobilität. Der Erfolg des Berliner Elektromobilitätsprogramms als Grundlage für die Entwicklung und Produktion modernster Antriebs- und Batterietechniken beziehungsweise für den Aufbau einer E-Dienstleistungsbranche (zum Beispiel Induktionssysteme, Park-Load-and-Ride-Services, Carsharing-Services, ÖPNV-Konzepte mit Flotten- und Individuallösungen, Tourismusangebote, Wohnungsdienstleistungen, City-Logistik) hängt auch wesentlich von der Bereitstellung einer optimalen Infrastruktur ab. Diese muss im Rahmen einer perspektivischen Stadtentwicklungsplanung sichergestellt werden und zwar im Hinblick auf verkehrliche Integration, energetische Vernetzung und eine intelligente integrierte Nutzerinfrastruktur mit ca. 20.000 Tankpunkten bis 2020.

Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energiesparende LED-Lösungen ist ein guter Weg, durch den Einsatz von auch in Berlin zu produzierenden „Kombilaternen“ (Laternen mit Tankpunkt) diese Zahl der E-Tankstellen wesentlich zu erhöhen. Dabei sollte, wo vom Stadtbild geboten, das Design der traditionellen Berliner Gaslaternen weitgehend Verwendung finden.

5. Unsere Stadt muss nicht nur bei der Elektromobilität, sondern überall die Chance nutzen, durch ökologisch, technologisch und ökonomisch vorbildliche Infrastrukturen zu einer in der Praxis verankerten Kommunikationsplattform des modernen Deutschland zu werden – unter aktiver Mitwirkung ihrer Bevölkerung. Berlin kann und soll bürgernah und weltoffen in Entwicklung und Anwendung eine Kraftquelle der Energiewende, die geistige und praktische Hauptstadt der Green Economy in Deutschland werden. Deshalb sollte das innovative Energiesystem ebenso wie die Berliner E-Mobilität überall in der Stadt (stadtbildverträglich) wahrnehmbar sein und für Berlinerinnen und Berliner sowie für Besucher beispielsweise durch Infoboxen, Probestrecken, Ausstellungen, Praxisschaustellen und „Tage der offenen Tür“ zugänglich gemacht werden.

Forscher, Unternehmer, Investoren und Existenzgründer sind von Anfang an durch Initiativen der Energieagentur, der Berliner Hochschulen, des Innovationszentrums für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel (InnoZ), der Wirtschaftsförderung usw. einzubinden, um vor Ort in Berlin die ganze Wertschöpfungskette der Energiewende mit Entwicklungen, Produkten und Dienstleistungen sicherzustellen und abzurunden. Dabei muss die Berliner Wissenschaft einen wichtigen Kooperationsbeitrag insbesondere durch praxisnahe Projekte und Schnittstellen (z. B. Wissenstransfer) leisten. Diese stadtweite Mobilisierung der Berliner Potentiale im Sinne einer Kooperationskultur soll an ausgewählten Zukunftsorten ihre Verdichtung und Höhepunkte erfahren (vergleiche dazu Punkt 12).

6. Berlin benötigt dringend ein dynamisches, IT-gestütztes Umweltkataster, um für öffentliche Gebäude, Gewerbegebäude, Infrastrukturen, Wohngebäude und Privathäuser die aktuellen Verbrauchswerte kontinuierlich und datengeschützt zu erfassen und diese mit internationalen Benchmarks fortlaufend vergleichen zu können. Damit soll eine verbrauchernahe und durch Anreize ergänzte Systematik entwickelt werden, um Objekte, Quartiere und Bezirke energetisch optimal zu sanieren, so dass die Emissionsziele bei sparsamem Ressourceneinsatz fristgemäß erfüllt werden können. Dabei kann gut auf Erfahrungen der Energiesparpartnerschaft Berlin aufgebaut werden.

7. Die energetische Gebäudesanierung als wesentliche Säule der Energiekosteneinsparung und CO₂-Reduzierung muss in Berlin stark ausgeweitet werden. Berlin muss deshalb das Programm „Energiesparpartnerschaft Berlin“, das bereits bei über 500 Liegenschaften des Landes Berlin insgesamt ca. 65.000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart hat, erheblich aufstocken.

Um den öffentlichen Gebäudebestand energetisch zu sanieren, müssen die Vorschriften für das öffentliche Bauen angepasst und öffentliche und private Partner projektbezogene Zukunftspartnerschaften bilden. Anregungen können dabei auch andere Großstädte wie zum Beispiel Hamburg geben. Um bis 2020 den jährlichen CO₂-Ausstoss um mindestens drei Millionen Tonnen zu senken, ist ab jetzt zusätzlich eine Einsparung allein in der Gebäudewirtschaft von bis zu 200.000 Tonnen CO₂ in jedem Jahr zu erreichen, wobei der öffentliche Raum Schrittmacher und Hauptleistungsträger sein kann und soll.

8. In Zusammenarbeit mit dem Handwerk, dem Dienstleistungssektor und der Industrie in Berlin soll ein stadtweit flächendeckendes intelligentes Zählersystem („Smart-Metering“) aufgebaut werden, das der Abnehmerseite eine hohe Transparenz über die energetischen Verbräuche bereitstellt und zum Energiesparen anregt.

Ergänzend dazu sollte in jedem Bezirk eine „Klimawerkstatt“ als anwendungsorientierte Energiesparberatung bereitstehen, die sowohl für Mieter als auch für Eigentümer von Häusern und Wohnungen (inklusive Wohnungsgesellschaften) Erfahrungswerte, Marktüberblicke und konkrete Handlungsoptionen für Energieeinsparungen aufzeigt. Zielführend sind zum Beispiel kostensenkende Energieeffizienzinvestitionen bei der Gebäudeinformationstechnik, bei den Heizungs- und Klimaanlageanlagen, bei der Wärmedämmung, der Fensterisolierung, den Beleuchtungssystemen, bei den diversen technischen Geräten bis hin zu hauseigenen Blockheizkraftwerken und „Mikro-Grid“-Lösungen für Wohnparks und Campus-Areale, das heißt dezentrale regionale Energiesysteme, in die sowohl dezentrale Energieerzeuger vor Ort als auch Verbraucher eingebunden werden sollen.

9. In der Berliner Wirtschaft müssen durch eine Energiespar-Offensive die Einsparmöglichkeiten in den Unternehmen identifiziert und breit durch Investitionen genutzt werden. Auch dabei müssen neue Finanzierungsinstrumente (zum Beispiel Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Steueranreize, Klimaschutzrente) erprobt und eingesetzt werden.

In Verbindung mit den Kammern und den Unternehmensverbänden muss zudem die Energiesparberatung für die Berliner Wirtschaftsunternehmen weiter professionalisiert werden, damit diese zum Beispiel bei Gebäudeautomatisation, Elektromotoren, Pumpen, Druckluftsystemen, Trocknungstechnik, Klimaanlage, Lüftungsanlagen beziehungsweise Ventilatoren ein Optimum an Energieeinsparungen realisieren können.

10. Berlin muss zu der europäischen Referenzstadt für partizipatives Contracting werden, also für Energiesparverträge, die auf mittlere Sicht Vorteile für alle Beteiligten (Mieter, Vermieter, Handwerksbetriebe o. ä.) bringen. Dieses Contracting muss, mit optimalen Rahmenbedingungen und unter Mitwirkung des Bundes, so attraktiv gestaltet werden, dass Regulierungen mit Zwangscharakter auch in diesem Anwendungsbereich auf ein Minimum beschränkt werden können. Dadurch soll die Motivation für mehr Energieeinsparungen positiv unterlegt werden. In Pilotprojekten soll die Hebelwirkung von weiterentwickelten Contractingmodellen erprobt und verglichen werden. Für Mietwohnungen werden Basis-Investitionen in die Energieeinsparung mit kurz- und mittelfristigen Einsparungserfolgen angestrebt, so dass Investitionen und Einsparungen sich für den Mieter aufheben (Kostenneutralität). Das Instrument der freiwilligen Mietervereinbarungen sollte breit und vorrangig Anwendung finden.
11. Berlin muss den Aufbruch in der Energiewende nutzen, um Pilotstandort für Innovationsprojekte im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz, aber auch und besonders, um Standort-Trendsetter beim klimafreundlichen Ausbau grundlegender Infrastrukturen zu werden. Das wird wie ein Magnet auf Ansiedlungen und Existenzgründungen wirken, das schafft neue Arbeitsplätze.

Bei der Vergabe der Netzkonzessionen für Strom und Gas muss deshalb darauf geachtet werden, dass sich diese Netze von „einfachen Versorgungssystemen“ zu „dicht verwobenen, intelligenten Netzwerken“ wandeln, durch die neben den zentralen Erzeugern zunehmend „viele kleine Energieerzeuger und die Verbraucher in kleinen und größeren Netzen miteinander verknüpft werden“ (Technische Universität Berlin, 2011). Deshalb muss diese Vergabe an Anbieter erfolgen, die diese Komplexität unternehmerisch beherrschen, die notwendigen Investitionen bei Wahrung der Versorgungsstabilität zielgenau tätigen können und eine optimale Vernetzung mit insbesondere alternativen Stromquellen und Teilnetzen in der Peripherie Berlins sicherstellen können. Das Land Berlin kann diese Kompetenz, verbunden mit Investitionen in Euro-Milliardenhöhe, allein nicht gewährleisten. Das Land muss durch ein professionelles und vertraglich abgesichertes Controlling dafür sorgen, dass die Netzentwicklung auch aus Landessicht optimal erfolgt.

Berlin ist als Metropole auf die Versorgung mit Elektrizität angewiesen. Wir unterstützen aus diesem Grund auch den notwendigen Ausbau der Übertragungsnetze, die eine sichere Versorgung Berlins mit Strom und die Integration der erneuerbaren Energien in das Energieversorgungssystem gewährleisten.

12. Berlin muss Zukunftsorte und -räume wie Adlershof, Berlin-Buch, den CleanTech Business Park Berlin-Marzahn, den ehemaligen Flughafen Tempelhof und vor allem den (ehemaligen) Flughafen Tegel systematisch und konsequent zu international attraktiven Modellstandorten und Anwendungsgebieten von Zukunftstechnologien und ökologisch verträglichen Lebens- und Industriekonzepten machen beziehungsweise ausbauen.

Der Zukunftsraum „TXXL“ umfasst das Gebiet innerhalb eines Radius von fünf Kilometern um das (ehemalige) Terminalgebäude des Flughafens Tegel. In diesem Zukunftsraum soll die Leitidee für das Tegel des 21. Jahrhunderts realisiert werden: „Urban Technologies – Technologien für die Stadt der Zukunft“. Rund um das heutige Flughafengelände existieren bereits Kompetenzteams aus interessierten Unternehmen in den Bereichen Mobilität, Energie und neue Werkstoffe. Im Zukunftsraum schon heute ansässige wichtige Marktteilnehmer der Urban Technology wie zum Beispiel

Siemens, Osram, Vattenfall, ALBA, BMW Motorradwerke, BSH Bosch-Siemens-Hausgeräte, Motorola, Alstom, BayerSchering, Schleicher Electronic, Otis, MAN Turbo sind eingeladen, sich für diese Idee zu engagieren. Der Zukunftsraum „TXXL“ soll Deutschlands innovativstes Schaufenster für angewandte Urban Technologies für Metropolen im Bereich Wissen, Wirtschaft, Wohnen und Verkehr werden. Der Zukunftsraum „TXXL“ bildet für die CDU Berlin einen herausgehobenen Schwerpunkt der Internationalen Bauausstellung (IBA) 2020, die unter dem Leitthema der gemischten Stadt stehen wird. Mit den Überschriften „Wissen, Wirtschaft, Wohnen“ soll sie sich in Schwerpunktprojekten mit der Rolle von urbaner Wirtschaft und Technologie, der Zukunft des Wohnens in der Stadt und der Organisation der Wissensstadt auseinandersetzen.

Die Peripherie Tegel soll dem Zukunftsraum „TXXL“ auch im Rahmen der IBA zusätzliche städtebauliche, soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Impulse geben. Berlin muss mit Hilfe des Bundes nationale und internationale Organisationen für nachhaltige Metropolenentwicklung, zum Beispiel das Klimatechnikzentrum der Vereinten Nationen, für „TXXL“ gewinnen.